

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 9.8

Keine No Go Areas in Stralsund: Videoüberwachung und Alternativen an sensiblen Orten prüfen

Einreicherin: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: AN 0094/2024

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise Videoüberwachung, zur Eindämmung von Vandalismus sowie Gewalt- und Drogendelikten zu prüfen. Dabei sollen, wo nötig, in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden über die Auswertung von Statistiken, sensible Orte lokalisiert und passende Maßnahmen vorgeschlagen werden.

In der Prüfung sollen mindestens folgende Orte enthalten sein:

-Gleisunterführung Grünhufer Bogen zum Krankenhaus West -Ossenreyer Straße (Bereich Edeka) -Olof-Palme-Platz/Theater -Strandbad -Weiße Brücken -Brunnenaue -Innenhof Heilgeistkloster

Zudem sollen Maßnahmen für temporär sensible Orte geprüft werden, etwa während Veranstaltungen wie Weihnachtsmarkt, Hafentage, Wallensteintage usw. Gesetze oder Verordnungen, die Lösungen in diesen Bereichen verhindern, sollen benannt werden.

Beschluss-Nr.: 2024-VIII-02-0013

Datum: 12.09.2024

Im Auftrag

gez. Behrendt